

## **Wort- und Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen**

43. Sitzung  
15. Mai 2014

Beginn: 10.05 Uhr  
Schluss: 12.04 Uhr  
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

#### **Aktuelle Viertelstunde**

**Anja Kofbinger** (GRÜNE) fragt für ihre Fraktion:

Wann genau legt die Senatsverwaltung die Ausführungsvorschrift zum Landesgleichstellungsgesetz – LGG – vor, die sie für spätestens 30. Juni in Aussicht gestellt hat, und in welchem Maß fand die ausführliche Stellungnahme des Deutschen Juristinnenbundes Beachtung?

**Staatssekretärin Barbara Loth** (SenArbIntFrau) antwortet, die nun fertiggestellte AV, die Ergebnis vieler Diskussionen mit den Verbänden seien, würden dem Senat demnächst zur Kenntnis vorgelegt. Verdi, DGB, die Landesarbeitsgemeinschaft Berlin der bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten – LAG –, die Landeskonferenz der Frauenbeauftragten der Berliner Hochschulen und Universitätsklinika des Landes Berlin – LaKoF – und der Deutsche Juristinnenbund hätten Änderungsvorschläge eingebracht, die besprochen und teils übernommen worden, teils als Kompromiss in die AV eingegangen seien. Viele Änderungsvorschläge des Deutschen Juristinnenbund seien übernommen worden.

**Anja Kofbinger** (GRÜNE) fragt nach, ob die AV zu § 18 Abs. 2 LGG – Beanstandungen – geändert worden sei. Besonders folgender Satz sei vom Deutsche Juristinnenbund beanstandet worden:

Bereits umgesetzte Maßnahmen können auch bei Vorliegen eines eindeutigen Verstoßes gegen das LGG nicht mehr erfolgreich beanstandet werden.

**Staatssekretärin Barbara Loth** (SenArbIntFrau) erklärt, ArbIntFrau habe eine Kompromissformulierung erarbeitet, die im Sinn des Juristinnenbundes sei. Der vorgetragene Satz sei geändert worden. – Es müsse auch überlegt werden, wie damit umgegangen werde, wenn eine Frauenvertreterin eine Beanstandung vorbringe, die nichts mit dem LGG zu tun habe, wenn z. B. eine Frau benannt werde. SenArbIntFrau habe entschieden, dass diese Fällen keinen Suspensiveffekt hätten. Der Juristinnenbund habe dies nicht erwähnt haben wollen. Man habe sich geeinigt, dies nicht zu benennen, weil klar sei, dass LGG-Beanstandungen den Suspensiveffekt hätten. – Für den Fall verspätet eingehender Beanstandungen werde darauf hingewiesen, dass Fristen eingehalten werden müssten.

**Elke Breitenbach** (LINKE) stellt die Frage:

Was unternimmt der Senat gegen die in dem Roma-Statusbericht von Neukölln aufgeführten ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse?

**Senatorin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) weist darauf hin, dass Arbeitsausbeutung bei Roma länger schon Thema sei, zumal für viele erst seit 2014 die Arbeitnehmerfreizügigkeit gelte. Mehrere Maßnahmen dagegen würden bereits umgesetzt z. B. die DGB-Beratungsstelle. Information sei auch Teil der Roma-Strategie des Senats. Informationsbroschüren in mehreren Sprachen seien aufgelegt worden. Damit auch Frauen, die eventuell von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung betroffen seien, über ihre Rechte informiert würden, seien verstärkt Sozialarbeiterinnen und Sprachmittlerinnen um die Kurfürstenstraße eingesetzt worden.

**Elke Breitenbach** (LINKE) fragt, wie gegen ausbeuterische Unternehmen vorgegangen werde.

**Senatorin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) antwortet, solche Unternehmen praktizierten grundsätzlich Schwarzarbeit. Von der zuständigen Bundesbehörde habe SenArbIntFrau deshalb mehr Personal gefordert. Auch im Rahmen des Programms „Berlin-Arbeit“ solle Schwarzarbeit stärker bekämpft werden. Wie sich die Bezirke hier mehr kontrollieren könnten, sei von SenArbIntFrau untersucht worden. Sie appelliere an die Unternehmer, die Roma schwarz oder zu sittenwidrigen Löhnen beschäftigt hätten, sie nun mit ihrer Arbeitserlaubnis sozialversicherungspflichtig zu beschäftigen.

**Fabio Reinhardt** (PIRATEN) erkundigt sich:

Warum lehnt Frau Sen Kolat Gespräche mit den Flüchtlingen an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche ab, wo sie doch mit den Flüchtlingen vom Oranienplatz intensiv verhandelt hat?

**Senatorin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) erklärt, die Vorfälle am Oranienplatz seien einzigartig gewesen. Die verfahrenere Situation dort, dass Menschen eineinhalb Jahr auf der Straße unter unwürdigen Verhältnisse gelebt hätten, sei nicht mit anderen Flüchtlingsprotesten zu vergleichen. Diese Sondersituation rechtfertige die Sonderlösung. Die auf dem Alexanderplatz protestierenden Flüchtlinge könnten Rechts- und Sozialberatung in Anspruch nehmen. Auch mit der Kirche führten sie Gespräche. Sie unterstreiche ihre Auffassung, dass sich die Ereignisse vom Oranienplatz nicht wiederholen dürften.

**Fabio Reinhardt** (PIRATEN) entgegnet, die Verhandlungen am Oranienplatz seien doch nach Auffassung der Senatorin erfolgreich verlaufen, insofern leuchte nicht ein, warum sich das nicht wiederholen dürfe. Die Flüchtlinge seien von der Integrationsbeauftragten aufgefordert worden, nach Sachsen-Anhalt zurückzukehren, wo sie gemeldet seien. Sei dies einer Integrationsbeauftragten angemessenes Verhalten? Habe sich SenArbIntFrau informiert, ob die Bedingungen in Sachsen-Anhalt angemessen und menschenwürdig seien?

**Senatorin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) erwidert, über die Standards der Unterbringung von Flüchtlingen in allen Bundesländern sei auf der letzten Integrationsministerkonferenz gesprochen worden. In den Bundesländern werde dazu eine Erhebung gemacht. Das Land Berlin könne nicht für alle anderen Bundesländer eintreten. In allen Bundesländern müssten die Unterbringungsbedingungen menschenwürdig sein.

**Vorsitzende Anja Kofbinger** erklärt die Aktuelle Viertelstunde für beendet.

### Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU  
Drucksache 17/1002  
**In Sicherheit lernen**

[0124](#)  
ArbIntFrau  
BildJugFam(f)

**Dr. Niels Korte** (CDU) erklärt, nach Vorfällen, in denen schulfremde Personen in Grundschulen eingedrungen seien und sich an Kindern vergangen hätten, beantrage die Koalition Maßnahmen, mit denen die Sicherheit an Grundschulen wirksam verbessert werden könne. Davon betreffe den Arbeitsausschuss die Forderung, über arbeitsmarktpolitische Programme den Schulen Schulhausmeisterassistenten zur Verfügung zu stellen. Auch wenn Schulhausmeisterassistenten nicht Teil des ersten Arbeitsmarkts seien, könnten die Teilnehmer dieser Maßnahme Qualifikationen erwerben, die ihre Perspektive für den Wiedereinstieg verbesserten. Gleichzeitig werde die Sicherheitslage durch Hausmeisterassistenten verbessert, weil technische Aufrüstung allein nicht ausreiche. Häufig fehlten Arbeitskräfte für zusätzliche Aufgaben wie die Bedienung der Videogegensprechanlage. Die Verbindung von Sicherheitsmaßnahmen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sei zustimmungswürdig.

**Staatssekretär Boris-Michael Velter** (SenArbIntFrau) berichtet, dass SenArbIntFrau in Zusammenarbeit mit der federführenden SenBildJugWiss derzeit Anforderungsprofile erarbeite. Mit SenFin sollten haushaltstechnische Möglichkeiten geschaffen werden, dass die Bezirke ihre Bedarfe anmelden könnten und dann ohne finanziellen Nachteile Zugriff auf die entsprechenden Mittel des Senats hätten. Diese Hürden würden in absehbarer Zeit beseitigt.

**Sabine Bangert** (GRÜNE) erkundigt sich, wie oft schulfremde Gewalttäter und auch Sexualstraftäter in den letzten zwei Jahren in Grundschulen eingedrungen seien. Sei ein Anstieg zu verzeichnen? Wie viele Kooperationsverträge zw. Polizei und Schulen existierten bereits? – Wie solle das tatsächlich benötigte Präventionskonzept finanziert werden? Würden die Bezirke für den Einbau von Videogegensprechanlagen finanziell ausgestattet? Woraus werde dies finanziert: aus dem Schul- und Sportstättenanierungsprogramm? Bei dem teilweise maroden Zustand der Schulen hätten Videosprechanlagen vermutlich nicht Priorität.

Welches arbeitsmarktpolitische Instrument solle für die Einstellung von Hausmeisterassistenten genutzt werden: FAV? Welcher Träger solle die Maßnahmen umsetzen? Oder würden die Verträge mit den Schulen geschlossen? Das Problem der Arbeitnehmerüberlassung bei Trägern müsse beachtet werden. Selbst wenn eine Finanzierung über arbeitsmarktpolitische Instrumente ermöglicht werde, sei diese immer nur befristet, wo die Schulen aber feste Stellen bräuchten. Sinnvoll wäre es, Menschen zu qualifizieren und dann dauerhaft einzustellen. Außerdem seien viele Arbeitslose, die von den Jobcentern für FAV zugewiesen würden, nicht für den sensiblen Bereich Grundschule geeignet.

**Elke Breitenbach** (LINKE) bemerkt, sie lehne den Antrag entschieden ab, weil er aktionistisch und nicht nachhaltig sei. Der Koalition falle zum Sicherheitsproblem der Schulen nur ein, einen „Hochsicherheitstrakt“ zu bauen. Treffe es zu, dass SenArbIntFrau nur die Stellen mitfinanziere, nicht aber die technischen Anlagen? Mit FAV-Stellen müsste der Senat Arbeitnehmerüberlassung praktizieren. Welchen Nutzen eine öffentlich geförderte Ausbildung zum Schulhausmeisterassistenten mit befristetem Vertrag für Arbeitslose habe, sei fraglich. Schaffe dies eine Perspektive auf eine existenzsichernde Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt? Scheitere der Betrieb von Videogegensprechanlagen, weil Schulhausmeister nicht in der Lage seien, diese zu bedienen? Bei Bedarf könnten sie geschult werden. Was sei bei Punkt 2, der Zusammenarbeit der Schulen mit der Polizei, unter „oder anderen geeigneten Kooperationspartnern“ zu verstehen?

**Alexander Spies** (PIRATEN) bezweifelt, dass der Antrag der Koalition notwendig sei. Die Schulen schlossen ohnehin Kooperationsverträge mit der Polizei. Schulen und Verwaltungen reagierten auf die Vorfälle und erstellten Sicherheitskonzepte. Auch die vorgeschlagenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen seien weder neu noch zielführend. In den vergangenen Jahren seien viele Hausmeisterstellen in Schulen abgebaut worden, die dann mit Assistenten oder Ein-Euro-Job-Stellen ersetzt worden seien. Dies werde nun als Konzept dargestellt. Für die Kofinanzierung sei auf Antrag von SPD und CDU 1 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt worden. Seien diese Mittel schon eingesetzt und Stellen geschaffen worden? Wie sei die Perspektive für die Hausmeisterassistenten? Sei geplant, reguläre Hausmeisterstellen an den Schulen zu schaffen? Ohne Konzept für öffentlich geförderte Beschäftigung sei dies nur „Flickschusterei“.

**Dr. Niels Korte** (CDU) entgegnet, Diskussionen über angebliche „Hochsicherheitstrakte“ in Grundschulen seien unangebracht, wenn einfachste, naheliegende Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden sollten. Über die jüngste Entwicklung der Vorfälle habe er keine Daten; doch sei jeder dieser Vorfälle einer zu viel. Es sei Pflicht des Staates, die Sicherheit von Kindern in der Grundschule zu garantieren. Verfüge eine Schule über eine Videogegensprechanlage, müsse diese auch bedient werden. Die Hausmeister seien zeitlich dazu nicht in der Lage. Die zum Hausmeisterassistenten Qualifizierten und Beschäftigten hätten bessere Chancen, auf dem ersten Arbeitsmarkt z. B. als Concierge.

**Canan Bayram** (GRÜNE) stellt fest, Hausmeister könnten die Eingänge zum Schulgelände nicht überwachen, eine Videoanlage werde vom Bezirk nicht finanziert, auch seien hier datenschutzrechtliche Bestimmungen zu beachten. Dass mit der Umsetzung des Antrags die Probleme gelöst seien, bestreite sie aus innenpolitischer und bildungspolitischer Sicht. Der arbeitsmarktpolitische Vorschlag löse die Sicherheitsprobleme an den Schulen nicht, weil er

nicht nachhaltig sei. Kooperationen mit der Polizei würden auch ohne den Antrag geschlossen. Die grundlegenden Probleme müssten mit den zuständigen Bezirken besprochen werden.

**Uwe Schulz-Hofen** (SenArbIntFrau) betont, dass er nur arbeitsmarktpolitische Fragen beantworten könne. In der Begründung des Antrags sei vermerkt:

Auf Antrag der einzelnen Schulen oder der Bezirke gewinnen die Berliner Jobcenter kurzfristig geeignete Bewerber aus dem Kreis der Langzeitarbeitslosen auf der Grundlage des bestehenden Arbeitsförderungsinstrumente des Bundesrechts.

Hier handele es sich um Regelinstrumente nach § 16e SGB II, die Förderung von Arbeitsverhältnissen. Vorrangiges Ziel sei nicht, mit Arbeitnehmerüberlassung das Problem zu bewältigen, sondern die Bezirke sollten Anträge stellen, worüber die Finanzierung sichergestellt werde. An der Lösung der haushaltstechnischen Probleme werde gearbeitet.

Da Arbeitsförderungsinstrumente nicht bestehende Arbeitsverhältnisse ersetzen dürften, könnten es sich bei derartigen geförderten befristeten Stellen nur um unterstützende Tätigkeiten handeln. So könnten hauptamtliche Kräfte entlastet werden.

Auch Langzeitarbeitslose könnten über Qualifizierung und das Sammeln von Erfahrung in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Gerade die Kombination von Arbeiten und Lernen verbessere die Qualifikation. Hausmeisterassistenten könnten mit ergänzender Qualifizierung nach zwei Jahren Tätigkeit Hausmeister werden oder sich auf bestimmte handwerkliche Tätigkeiten spezialisieren. Während der Maßnahmen werde es Jobcoaching und Qualifizierung geben.

**Elke Breitenbach** (LINKE) fragt nach, was der Schwerpunkt der Arbeitsverhältnisse sein solle: die Erhöhung der Sicherheit der Kinder in der Schule oder die Unterstützung des Hausmeisters und handwerkliche Qualifikation.

**Sabine Bangert** (GRÜNE) erinnert an ihre Fragen zur Finanzierung. Würden die Bezirke für Prävention finanziell zusätzlich ausgestattet? Wer schließe mit den FAV-Stelleninhabern den Arbeitsvertrag ab? Wer übernehme die Qualifizierung? Die Zielgruppe müsse betreut werden, bis sie eine Tätigkeit aufnehmen könne. Wie solle dies konkret umgesetzt werden?

**Alexander Spies** (PIRATEN) fragt, ob es derartige FAV-Stellen an Schulen bereits gebe.

**Uwe Schulz-Hofen** (SenArbIntFrau) verneint die Frage seines Vorredners.

Die finanztechnische Konstruktion sei noch nicht abschließend geklärt. Präferiert werde laut Antragstext, dass die Bezirke die Anträge stellen sollten. Es solle sichergestellt werden, dass den Bezirken die Möglichkeit eröffnet werde, dass die Stellen vollständig ausfinanziert würden. Bei der Antragstellung für diese Stellen bei den Jobcentern müssten die Tätigkeiten konkret beschrieben werden, wozu nur die Antragsteller in der Lage seien.

Die Tätigkeit seien keine entwickelten handwerklichen Qualifikationen. Über § 16e SGB Geförderte verfügten meist über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Sie sollten sich durch

die Betätigung so weiterentwickeln, dass es ihnen leichter falle, handwerkliche Qualifikationen zu erwerben.

**Sabine Bangert** (GRÜNE) entgegnet, wenn die Bezirke die Hausmeisterassistenten einstellen, sei keine völlige Ausfinanzierung möglich, da nur 75 Prozent aus dem Bundesprogramm finanziert würden, das Land aber nicht sich selbst finanzieren könne.

**Uwe Schulz-Hofen** (SenArbIntFrau) erklärt, dass dieses finanztechnische Problem schwierig zu lösen und noch nicht abschließend geklärt sei. Die völlige Ausfinanzierung werde angestrebt und sei nach den Bestimmungen des Landeshaushaltsrechts auch möglich.

**Elke Breitenbach** (LINKE) fragt nach, welche Lösung konkret angestrebt werde.

**Senatorin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) weist darauf hin, dass ein parlamentarischer Antrag beraten werde, die Abgeordneten aber jetzt schon vom Senat das Ergebnis der Umsetzung wissen wollten. SenArbIntFrau könne nur über den jetzigen Sachstand in den Vorarbeiten berichten. Wenn der Antrag beschlossen sei, werde SenArbIntFrau, sobald Ergebnisse vorlägen, den Ausschuss über die Umsetzung unterrichten.

**Elke Breitenbach** (LINKE) zeigt sich verwundert, da über dieses Projekt während der Haushaltsberatungen lange diskutiert worden sei. – Ihre Frage, was unter „anderen geeigneten Kooperationspartnern“ gemeint sei, sei noch offen.

**Senatorin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) antwortet, das werde sich in der Umsetzung zeigen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem federführenden Ausschuss BildJugFam mehrheitlich, den Koalitionsantrag Drucksache 17/1002 anzunehmen.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU  
Drucksache 17/1116  
**Einbürgerungskampagne „Deine Stadt. Dein Land.  
Dein Pass“ auf die Berliner Oberschulen ausdehnen**

[0132](#)  
ArbIntFrau(f)  
BildJugFam

**Burkard Dregger** (CDU) stellt Konsens darin fest, dass Menschen, die dauerhaft in Berlin lebten und Kinder, die hier aufwüchsen, deutsche Staatsbürger werden sollten, da die Staatsbürgerschaft eine gewisse Integrationskraft habe. Über die neue Einbürgerungskampagne des Landes Berlin „Deine Stadt. Dein Land. Dein Pass“ seien im Ausschuss Broschüren verteilt worden. Der Antrag der Koalition fordere, diese Einbürgerungskampagne auf Schulen auszuweiten, da es dort viele möglicherweise Betroffene gebe. In Schulen über dieses Thema zu informieren sei trotz der anstehenden Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts auf Bundesebene sinnvoll, zumal die Optionsregelung nicht alle Jugendlichen betreffe. Wichtig sei es auch, dass sich Jugendliche mit Migrationshintergrund mit ihrer vielfältigen Identität und Zugehörigkeit beschäftigten und untereinander diskutierten.

**Senatorin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) erinnert an die Einbürgerungskampagne des Senats „Deine Stadt. Dein Land. Dein Pass“, die seit über einem Jahr laufe. Im Internet seien unter der Adresse [www.einbuergung-jetzt.de](http://www.einbuergung-jetzt.de) alle relevanten Informationen abrufbar. Die Einbürgerungskampagne sei 2014 auf die Berliner Oberschulen der Sekundarstufe I und II ausgeweitet worden.

**Dr. Monika Lüke** (SenArbIntFrau; Landesbeauftragte für Integration und Migration) ergänzt, im April 2013 sei die neue Einbürgerungskampagne gestartet worden. Dabei sei festgestellt worden, dass das Thema vor allem junge Menschen beschäftige, weshalb es gerade in den Schulen vorgestellt werden solle. Damals sei noch nicht klar gewesen, dass die Optionspflicht eingeschränkt werden solle. Deshalb und auf Anregung von Schulen und Abgeordneten habe sich SenArbIntFrau entschieden, die Kampagne auszuweiten. Gemeinsam mit SenBildJugWiss seien bis Ende 2013 Unterrichtsmaterialien und ein kleiner Film für die Oberschulen entwickelt worden. Im April 2014 sei dies mit einer Pressemitteilung bekanntgemacht worden. Derzeit sei SenArbIntFrau mit SenBildJugWiss im Gespräch, wie dies in die Lehrpläne und Projekttagge implementiert werden könne.

**Fabio Reinhardt** (PIRATEN) spricht sich für eine Abschaffung der Optionspflicht bzw. deren Aussetzung oder Veränderung der Kriterien für die Ausnahmen auf Landesebene aus, was bedauerlicherweise von der Koalition abgelehnt werde. Diese Debatte werde erfreulicherweise intensiver geführt als in den letzten Jahren. Leider lege die Koalition zu diesem Thema nicht mehr vor als einen solchen Antrag. Der Antrag sei einerseits nicht schlecht, die Kampagne zu begrüßen. Positiv an der Broschüre sei, dass verschiedene rechtliche Aspekte der Einbürgerung, auch Vor- und Nachteile beleuchtet würden. An einigen Stellen sei die Kampagne jedoch einseitig, plump, eine bloße Werbung für die Einbürgerung, wie es der Titel der Webseite vermuten lasse, sei undifferenziert. Warum ein Antrag gestellt werden müsse, sei jedoch unklar. Seine Fraktion werde sich der Stimme enthalten.

**Elke Breitenbach** (LINKE) erklärt, auch ihre Fraktion befürworte eine doppelte Staatsbürgerschaft. Der Antrag schade niemandem, ob er Nutzen habe, sei fraglich. Nach wie vor sei die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft teilweise mit erheblichen Kosten verbunden. Diese Probleme müssten jedoch auf Bundesebene angegangen werden.

**Canan Bayram** (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass laut Antrag nur geprüft werden solle, ob die neue Einbürgerungskampagne auf alle staatlichen Gymnasien und Sekundarschulen auszudehnen sei. Antrag und Antragstext seien unschädlich. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Einbürgerungsthematik sähe aber anders aus.

**Michael Freiberg** (CDU) führt aus, dass der Antrag wie die Broschüre einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess um die Einbürgerung widerspiegeln. Ein Antrag der den gesellschaftlichen Prozess, ob bahnbrechend oder nicht, in den Schulen unterstütze, sei zu befürworten. Die Broschüre sei sehr gut, weil sie auf die individuelle Sicht zur Einbürgerung und auf die Ängste der Menschen eingehe.

**Ülker Radziwill** (SPD) zeigt sich erfreut, dass inzwischen alle fünf Fraktionen, obwohl sie sich zur Einbürgerung ganz unterschiedlich verhalten hätten, der Einbürgerung im Wesentlichen zustimmten. Insofern sei der gesellschaftliche Diskussionsprozess erfolgreich gewesen. Die Einwanderungsgesellschaft brauche eine Diskussionskultur, Akzeptanz der Vielfalt und

Respekt der Menschen untereinander. Auch wenn der Antrag nicht unbedingt nötig gewesen wäre, weil der Senat handele, zeige er doch den Wandel im gesellschaftlichen Prozess. Der Antrag sei ein Signal für die Vielfalt, hoffentlich auch auf Bundesebene.

**Alexander Spies** (PIRATEN) bemerkt, er hätte sich gewünscht, dass die CDU-Fraktion bereits vor 15 oder 20 Jahren diese Haltung zur Einbürgerung eingenommen hätte. Seine Fraktion enthalte sich, weil der Antrag zwar positiv zu werten sei, aber noch viel mehr nötig und möglich gewesen wäre.

Der **Ausschuss** stimmt den Änderungen des Ausschusses BildJugFam zu und empfiehlt dem Plenum einstimmig, dem Koalitionsantrag Drucksache 17/1116 in dieser Form zuzustimmen.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 17/1403

**Fünftehtes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen  
Sicherheits- und Ordnungsgesetzes**

[0153](#)

ArbIntFrau(f)  
GesSoz

**Vorsitzende Anja Kofbinger** teilt mit, dass der mitberatende Ausschuss GesSoz in der Sitzung vom 28. April 2014 einstimmig empfohlen habe, die Vorlage anzunehmen.

**André Conrad** (SenArbIntFrau) erläutert, dass die Änderung des ASOG für SenArbIntFrau aus drei wesentlichen Gründen notwendig geworden sei. Mit der Neuordnung der Geschäftsverteilung des Senats sei der Arbeitsschutz aus der ehemaligen SenGesUmVer zur SenArbIntFrau verlegt worden. Außerdem seien die Ordnungsaufgaben uneinheitlich formuliert. Zudem müssten die seit 1997 neu hinzugekommenen Aufgaben und gesetzliche Regelungen, die bisher nicht im Zuständigkeitskatalog enthalten seien, berücksichtigt werden. Dies sei mit den Änderungen erfasst und eine einheitliche Formulierungsstruktur, insbesondere für die Ordnungsaufgaben beim Landesamt für Arbeitsschutz, geschaffen worden.

**Sabine Bangert** (GRÜNE) weist darauf hin, dass der Rechnungshof die Neustrukturierung der Ressorts gerügt habe. Der Personalrat des LAGeSo habe einen Brandbrief wegen des erhöhten Arbeitsaufkommens durch die zunehmende Zahl von Asylsuchenden verfasst. Seien hier bei der Umressortierung Stellen verschoben worden? – Dass der Senat das Geldwäschegesetz bei der Änderung vergessen habe, sei bezeichnend. Ihre Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten, weil sie ein solches Verfahren nicht mittragen wolle.

**André Conrad** (SenArbIntFrau) antwortet, das LAGeSo sei keine nachgeordnete Einrichtung von SenArbIntFrau. Die Änderung der Ordnungsaufgaben betreffe das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit – LAGetSi –, das SenArbIntFrau nachgeordnet sei. Das Geldwäschegesetz betreffe ebenfalls nicht SenArbIntFrau.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum einstimmig, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/1403 anzunehmen.

[Beginn Wortprotokoll]

Punkt 5 der Tagesordnung (neu)

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion  
Drucksache 17/1565  
**Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umsetzen**

[0166](#)  
ArbIntFrau  
InnSichO(f)

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Das ist ein Allparteiantrag. Die Begründung kann jetzt nach Stärke der Fraktionen erfolgen. Ich weiß nicht, wie Sie sich geeinigt haben. Ich nehme an, Frau Dr. Kitschun. – Bitte sehr!

**Dr. Susanne Kitschun (SPD):** Ich kann es wahrscheinlich kurz machen, da es in der Tat Konsens ist. Der Grund, warum wir das als Fraktion hier noch einmal aufrufen wollten, besteht vorrangig eigentlich darin – um noch einmal deutlich zu machen, dass inhaltlich an vielen Stellen, was interkulturelle Kompetenz und Ähnliches betrifft, auch die Senatsverwaltung für Integration wichtig ist und uns wichtig ist, dass bei der Umsetzung, wenn sie dann erfolgt, eben unter anderem auch die LADS eingebunden wird. Vielleicht kann die Senatorin dazu kurz etwas sagen. Das war unser Anliegen. Ansonsten, denke ich, sollten wir das Ganze gut und schnell auf den Weg bringen. Und ich freue mich, dass wir da einen gemeinsamen Antrag haben.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Frau Staatssekretärin! Möchten Sie kurz Stellung nehmen? – Bitte, Frau Staatssekretärin Loth für die Senatsverwaltung!

**Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau):** Vielen Dank, dass mir auch noch mal die Möglichkeit gelassen wird, zu schildern, inwieweit die LADS hier auch mit einzubeziehen ist. Wie Sie wissen, fallen die von den NSU-Untersuchungsausschuss vorgeschlagenen Maßnahmen zum großen Teil in den Bereich der Senatsinnenverwaltung und in den Bereich der Senatsjustizverwaltung. Aber es gibt eben große Überschneidungen zu den Themenfeldern unseres Hauses, vor allen Dingen zu den Bereichen LADS und IntMig.

Es gibt schon bereits vielfache Kooperationen unseres Hauses mit der Polizei und der Justiz. Vor allen Dingen ist es unser Ziel, dass unsere Expertise und unsere Erfahrung jetzt schon einbezogen wird, was der Fall ist, aber eben: Wir werden das alles evaluieren, und Ziel ist auch, dass es noch mehr als bisher genutzt wird. So wirkt zum Beispiel unsere LADS bei der Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten an der Landespolizeischule bereits mit. Dort gibt es ein Fach Menschenrechte. Wir führen innerhalb dieses Faches das Fach Antidiskriminierung und Umgang mit Vielfalt durch. Außerdem wurden in der Vergangenheit und auch jetzt noch aktuell mit der Polizei Diversity-Trainings von Führungskräften durchgeführt. Unser Ziel ist, dass das auch zur Regelaufgabe gemacht wird. Außerdem nehmen Polizeikräfte regelmäßig an unseren Trainings unserer LADS-Akademie teil. Und Sie wissen, dass es eine intensive gegenseitige Vernetzung im Berliner Beratungsnetzwerk gibt.

Was planen wir? – Wir haben geplant, im März 2015 gemeinsam mit der Polizei einen umfassenden Präventionskongress auszurichten. Und wir werden noch gezielter als bisher die Polizei in sämtliche Veranstaltungen der LADS einbeziehen. Das ist auch schon aktuell geschehen bei unserer großen Veranstaltung „Gemeinsam gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung“ und kürzlich auch in einem Workshop zum Thema Racial-Profilung. Außerdem planen wir noch intensivere Vernetzung der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und der Opferberatung mit der Polizei.

So, das war ein kurzer Ausblick über das, was wir bisher tun. Wir sind dabei natürlich, sämtliche Maßnahmen auch zu evaluieren und entsprechend, was die Qualität angeht, zu überprüfen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Staatssekretärin Loth! – Ich habe gerade gesehen, Frau Bayram hatte sich gemeldet, aber nicht zur Begründung und auch nicht zur Aussprache – doch? – Sie wollten aber in erster Linie ein Wortprotokoll beantragen. Da gibt es wahrscheinlich keinen Widerspruch? – Dann würde ich sagen, machen wir das so. Wortprotokoll beantragt und dem auch stattgegeben. Und Sie möchten natürlich auch zur Aussprache was sagen. Dann bitte, Frau Bayram!

**Canan Bayram (GRÜNE):** Genau! – Ich denke, wir werden dazu auf jeden Fall auch noch eine Diskussion im Innenausschuss haben, aber bei den Ausführungen der Staatssekretärin habe ich jetzt die Hoffnung, dass die Motivation hier groß ist, tatsächlich etwas an der Situation zu ändern. Denn gerade beim Racial-Profilung haben wir vor Kurzem eine Vorstellung eines Fragebogens gehabt von Reach Out. Und meine Anfragen bei der Polizei haben eher dazu beigetragen, mir da wenig Hoffnungen zu machen, dass die Polizei von sich aus bereit ist, tatsächlich in dem Bereich ihre Kompetenz zu erhöhen. Mir ist das wirklich noch einmal wichtig, kurz auszuführen als Innenausschussmitglied, die ich das jetzt schon seit acht Jahren bin, dass immer wieder das Problem entsteht, dass bei den migrantischen Berlinerinnen und Berlinern die Polizei als Dienstleister, der sie ja auch ist, sie muss ja allen Berlinerinnen und Berlinern die Sicherheit gewährleisten, – dass sie das entweder nicht will oder nicht kann. Also das ist einfach eine Faktenlage, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Dem gegenüber ist es aber auch so, dass sie in bestimmten Gegenden weniger Vertrauen genießt. Und das wiederum hat sicherheitspolitische Aspekte, aber auch integrationspolitische Aspekte. Und ich habe es wirklich die ganze Zeit nicht verstanden, warum die sich dort nicht mehr öffnen und letztlich ihrem gesetzlichen Auftrag als Dienstleister annehmen. Deswegen würde mich noch mal interessieren, ob Sie Zahlen haben, wie viele Polizistinnen und Polizisten an den Kursen teilnehmen, auf welchen Ebenen diese eingesetzt werden. Also am liebsten hätte ich das gleich noch direktions-, abschnittsgenau und noch hinsichtlich des Dienstgrades. – [Joachim Luchterhand (CDU): Gehört doch gar nicht hier hin!] – Denn tatsächlich kann ich für Abschnittsleiter, die ich auch persönlich aufgrund der ganzen Flüchtlingsproteste, die wir in der Stadt haben, kenne, namentlich benennen, die aufgrund ihrer Fortbildungen, aber auch der täglichen Erfahrung im Umgang einfach ein anderes Repertoire haben, auch in dem Gespräch z. B. mit protestierenden Flüchtlingen.

Gleichzeitig kann ich aber auch feststellen und könnte dazu, glaube ich, abendfüllende Berichte abgeben, wie viel Eskalation es gibt und weswegen es eigentlich schon aus polizeitaktischer Deeskalationsperspektive heraus besser wäre, gut ausgebildete Polizeibeamte zu haben,

und zwar auf allen Ebenen. Ich kann auch von Abschnitts- und Direktionsleitern berichten, wo ich mir gedacht habe, naja, den einen oder anderen Konflikt, den die da gefahren haben, hätte man vermeiden können. Da würde mich wirklich interessieren, wie viele welche Position innehaben. Insbesondere würde mich als Juristin auch noch interessieren, ob es dazu einen Plan gibt, weil wir ja ein Integrationsgesetz vor vielen Jahren verabschiedet haben. Da sollte man ja meinen, dass genau diese Aspekte nunmehr gesetzlicher Auftrag sind und dass sie uns eigentlich jedes Jahr oder alle zwei Jahre berichten könnten, wie fortgeschritten die interkulturelle Öffnung bei der Polizei ist. Denn da muss man tatsächlich sagen, gibt es Überschneidungen hinsichtlich des gemeinsamen Antrags und der systematischen Herangehensweise des Integrationsgesetzes. Ich will das jetzt auch nicht überbeanspruchen. Wir werden uns ja das Integrationsgesetz noch einmal gesondert anschauen. Aber mich würde halt schon interessieren, ob es für eine bereits bestehende Struktur aus dem Integrationsgesetz heraus eh den Staat verpflichtende Maßnahmen gibt, die dann auch bei der Polizei Anwendung finden.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Bayram! – Bevor wir zu Herrn Reinhardt kommen: Wir hatten uns nicht vorgestellt, aber Sie sind Herr Tangenberg von der Senatsinnenverwaltung, kann das sein?

**Jens Tangenberg** (Landeskriminalamt): Das ist richtig, genau.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Dann erst einmal herzlich willkommen! – Ich würde Fragen sammeln, Herrn Reinhardt auch noch bitten, seine Fragen zu stellen, und dann könnten Sie für die Senatsinnenverwaltung, die Verwaltung des Polizeipräsidenten antworten, und hier vorne werden die Integrationsfragen beantwortet. Dann haben wir das auch geklärt. – Herr Reinhardt, bitte!

**Fabio Reinhardt** (PIRATEN): Vielen Dank! – Ich habe noch eine Nachfrage zu der Vorstellung von Frau Loth. Gerade wenn es um Veranstaltungen zum Thema Racial-Profilings geht, finde ich das natürlich sehr spannend. Habe ich das jetzt richtig verstanden, dass Sie sagten, es gab eine oder mehrere Veranstaltungen zum Thema Racial-Profilings, die von der LADS zusammen mit der Polizei durchgeführt wurden? Vielleicht können Sie einfach noch kurz sagen, welche Veranstaltungen es in der letzten Zeit gab, und das eben damit noch mal aufführen.

Zum Antrag wollte ich jetzt nicht mehr viel sagen, nur einen Kommentar kann ich mir jetzt nicht ganz verkneifen. Wenn wir hier schon über Racial-Profilings reden, wäre es am effektivsten oder ein guter Schritt gewesen, wenn wir tatsächlich einfach den Antrag angenommen hätten oder noch annehmen würden, den die Piratenfraktion zum Thema Gefahrengelände gestellt hat, in dem wir auch fordern, die rechtliche Grundlage für die Identitätsfeststellung aufgrund von möglichen Aufenthaltsrechtsverstößen abzuschaffen. Das war sehr schade, dass dem im Innenausschuss außer der Linken niemand zugestimmt hat. Das wäre auf jeden Fall ein richtiger Schritt, um in die richtige Richtung zu kommen. – Ansonsten sind wir uns, glaube ich, was den Antrag angeht, hier alle einig.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Ja, das sind wir in der Tat. Darauf hätte ich jetzt auch noch einmal hingewiesen. Aber es gibt ja auch viele Fragen, die auch beantwortet werden sollen. Herr Tangenberg! Weil Sie unser Gast sind, will ich auch gerne mit Ihnen beginnen. Da gab es ja sehr konkrete Nachfragen. – Bitte sehr!

**Jens Tangenberg** (Landeskriminalamt): Ja, leider Gottes kann ich Ihnen jetzt spontan keine Zahlen zu Fortbildungsmaßnahmen bzw. Teilnehmern an Fortbildungsmaßnahmen und deren Aufschlüsselung liefern. Ich kann Ihnen allerdings sagen, dass die Bemühungen der Aus- und Fortbildung in der Polizei Berlin zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz und die Sensibilisierung der Mitarbeiter für die Erscheinungsformen von Hasskriminalität – um die ging es ja maßgeblich auch im Zusammenhang mit den Aufklärungsbemühungen des NSU-Untersuchungsausschusses – sehr breitflächig angelegt sind. Wir haben regelmäßige Fortbildungsmöglichkeiten und Angebote, die den Kolleginnen und Kollegen der Polizei zur Verfügung stehen, beispielsweise will ich nennen: das Seminar interkulturelle Kompetenz auch im Polizeidienst, Tagesseminare zur politischen Bildung, Fortbildung, auch zum Ausländerrecht, Grund- und Fachkurse zu den einzelnen Phänomenbereichen der politisch motivierten Kriminalität und auch deren Motivation, was die Täter angeht.

Daneben stellt natürlich auch die Steigerung der sozialen Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch insbesondere der polizeilichen Vorgesetzten einen ganz besonderen Kernpunkt der polizeilichen Aus- und Fortbildung dar. Auch die Zusammenarbeit mit Opfer- und Opferzeugschutz steht ganz besonders im Fokus. Da haben wir die Zusammenarbeit mit den anerkannten Opferschutzorganisationen wie eben auch Reach Out und Maneo oder eben auch das Schule-Antigewaltprojekt, dem also für den Polizeipräsidenten ganz besondere Bedeutung zukommt. Um eben auch einen ganz konkreten und zentralen Ansprechpartner für die Opfer- und Opferzeugschutzorganisationen bieten zu können, ist auch das LKA 53, das auch für die Bekämpfung rechtsextremer Gewalt zuständig ist, jederzeit ansprechbar und wendet sich eben auch den Belangen der Opfer- und Opferzeugschutzorganisationen zentral zu.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Herr Tangenberg! – Die andere Frage beantwortet wahrscheinlich die Staatssekretärin Loth. – Bitte sehr!

**Staatssekretärin Barbara Loth** (SenArbIntFrau): Ja, ich ergänze noch. Zunächst einmal die Frage von Frau Bayram. Ich möchte einmal allgemein sagen, ich habe ja zunächst einmal dargestellt, wo wir schon mit der Polizei zusammenarbeiten, in welchen Bereichen wir quasi auch Schulungen anbieten und wo auch die Polizei schon teilnimmt. Aber gerade im Hinblick auf die Ergebnisse des NSU-Berichts sind wir gerade dabei, noch intensiver zu schauen, was man noch zusätzlich tun kann. Da haben wir erst einmal eine Auswertung vorgenommen, um das noch einmal zu evaluieren und auch die entsprechenden Module zu qualifizieren. Ich denke, ein Vorbild ist die Polizei, was die Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund anbelangt. Da sind sie mit 20 Prozent an der Spitze. Wir schulen oder raten der Polizei zu entsprechenden Schulungen im Bereich der interkulturellen Öffnung, aber auch im Rahmen der interkulturellen Sensibilität. Aber die Polizei nimmt diese Beratungen auch an, insbesondere was den Bereich Führungskräfte anbelangt. Das ist im Moment noch freiwillig. Da ist unser Ziel, den Bereich Diversity verpflichtend einzuführen.

Noch zwei Fragen zum Racial-Profiling. Da erleben wir eine Offenheit, sowohl beim Präsidenten wie auch bei der Vizepräsidentin. Im Moment sind wir noch dabei, auch die Begrifflichkeiten zu klären. Mit anderen Worten es gibt hier auch Bewegung, aber bis jetzt hatten wir einen Workshop zu diesem Thema.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Frau Bayram! Sie haben noch eine Nachfrage? – Bitte!

**Canan Bayram (GRÜNE):** Ja, ich würde wirklich gerne vom strukturellen, systematischen Ansatz ein bisschen mehr hören. Beide Verwaltungen haben jetzt gesagt, wir machen da was, aber wie viele daran teilnehmen, können wir ihnen gerade nicht sagen. Das kann ich jetzt auch gut oder schlecht finden, weil so völlig überraschend ist die Tagesordnung ja nicht, aber der Punkt kam irgendwie kurzfristig. Aber Sie müssten mir doch vortragen können, welche strukturellen Angebote Sie machen. Also, ich will es mal präzisieren: Gibt es eine Arbeitsgruppe der beiden Senatsverwaltungen mit einem Fokus auf diesen Bereich NSU-Folgen, Forderungen des NSU-Untersuchungsausschusses? Das war ja überparteilich. Der Antrag ist auch überparteilich. Der Bericht ist auch schon fast ein Jahr her. Da wäre es für mich schon interessant: Wurde bisher etwas gemacht? Oder wird erst was gemacht? Und wenn ja, in welcher Struktur?

Und der andere Teil meiner Frage wäre: Wir haben ja im Polizeipräsidium einen Bereich, der speziell für Interkulturalität innerhalb der Polizei zuständig ist. Wird der beraten von der Antidiskriminierungsstelle oder von der Senatsverwaltung für Integration?

Ein weiterer Punkt, der immer wieder in der Diskussion ist: Bei der Ausländerbehörde habe ich jetzt gehört, gibt es mittlerweile relativ viel Kontakt mit Migrantorganisationen in der Stadt, das hat mir der Leiter der Ausländerbehörde berichtet. Von der Polizei weiß ich das, bei den Moscheevereinen, das ist aber auch der eigene Sicherheitsaspekt, den man da so ein bisschen im Blick hat, gibt es regen Austausch oder auch anlassbezogenen Austausch mit Migrantorganisationen in der Stadt. Also, so eine Begegnung kann ja auch interkulturelle Öffnung bedeuten. Das sind halt so abstrakte Fragen, wo ich schon gerne ein paar Antworten hätte, ob Struktur, wenn ja, welche.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Frau Dr. Kitschun, bitte!

**Dr. Susanne Kitschun (SPD):** Anders als Frau Bayram fand ich das schon relativ detailliert, was hier an Rückmeldungen kam, was passiert, und finde es auch sehr erfreulich, dass eben gerade jetzt auch Themen wie Racial-Profiling, was ja auch noch über den Konsens im gemeinsamen Antrag hinausgeht, angegangen werden seitens der Senatsverwaltung, um da voranzukommen. Ich habe auch das Gefühl, dass sich die Polizei insgesamt sehr engagiert der Sache annimmt, auch gerade Frau Koppers das wirklich zur Cheffinnsache gemacht hat. Ich denke, dass man jetzt gucken muss. Es ist einfach ein relativ breites Spektrum, das diesen Ausschuss in Teilen betrifft. Ich würde jetzt heute – vielleicht kann das noch nachgeliefert werden – nicht erwarten, dass man jetzt alle detaillierten Zahlen anbringt. Mir war eigentlich wichtig, dass wir tatsächlich deutlich machen, dass es ein Thema für uns ist, das zeigt sich jetzt ja auch an der Debatte, und dass wir im Verlauf das sicher noch einmal aufrufen können, um deutlich zu machen, dass uns das wichtig ist und wir das aus der Sicht dieses Ausschusses, der einen anderen Fokus hat, auch begleiten wollen. Dabei würde ich es einfach belassen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Und abschließend Herr Freiberg, bitte!

**Michael Freiberg (CDU):** Sehr geschätzte Vorsitzende! Abschlussworte habe ich ja selten. Ich würde gerne werben wollen um Folgendes: Wenn der Innenausschuss wirklich am Mon-

tag – so habe ich Sie verstanden, Frau Bayram, das weiß ich nicht – [Canan Bayram (GRÜNE): Nein, Montag war Einbürgerung Thema!] – –, dann wird sich der Innenausschuss vermutlich zeitnah damit beschäftigen. Mir ist an dieser Stelle erst einmal wichtig, dass wir uns, wie gerade dargestellt, alle fraktionsübergreifend dieses Themas annehmen und damit umgehen wollen, auch politisch diskutieren wollen als Legislative des Landes Berlin. Das ist mir erst einmal ganz wichtig. Ausrufezeichen!

Nächster Punkt ist: Ich glaube, dass die Rolle dieses Ausschusses, wie jetzt auch gerade dargestellt wurde, eine andere ist. Wir haben eine ganz andere Ausrichtung. Wir gehen mit Dingen teilweise auch anders um. Mir ist es wichtig, dass wir auch hier zeitnah eine Beschlussempfehlung erteilen. Natürlich gehe ich jetzt mal davon aus, bei einem übergreifenden Antrag aller Fraktionen, dass er auch eine übergreifende Unterstützung finden wird. Dahinter mache ich wieder ein Ausrufezeichen.

Was mir jetzt wichtig ist, und das ist eigentlich das, was ich bitte mitzunehmen, Ihre Fragen sind berechtigt, Frau Bayram, keine Frage, aber Sie sind schon sehr detailliert gewesen. Da würde ich mal sagen, aus der Erfahrung heraus, dass hier der Senat, die Verwaltung aufgefordert sind, dann in dem federführenden Ausschuss – und das ist der Innenausschuss – auf diese Fragen auch Antworten zu finden. Da würde ich sagen, da ist das schon eine Verpflichtung. Aber aus meinem Verständnis, hier an dieser Stelle sollte der Ausschuss, unser Ausschuss mit dem Spektrum, was wir hier haben, sich hier sehr schnell und sehr klar, und ich denke im Konsens, hier verhalten in einer Beschlussempfehlung. Darum würde ich werben, dass wir das jetzt nicht fortsetzen oder vertagen oder sonst was machen, sondern hier brauchen wir, glaube ich, eine sehr schnelle Beschlussempfehlung, die wir auch jetzt und heute abgeben sollten.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Ich gehe mal davon aus, das kriegen wir auch irgendwie hin. Aber Frau Bayram hat sich spontan noch einmal gemeldet. – Bitte, Frau Bayram!

**Canan Bayram (GRÜNE):** Naja, ich kann jetzt den Kollegen von der CDU. – [Michael Freiberg (CDU): Freiberg! Immer noch Freiberg!] – Ja, den Herrn Kollegen Freiberg aus der CDU, CDU stimmt ja immer noch, nicht? – kann ich ja schon insoweit verstehen, dass er das hier nicht diskutieren möchte, oder nicht vertiefend diskutieren möchte, so habe ich Sie verstanden. Aber mein Problem, Herr Kollege Freiberg, und wenn Sie zuhören, was mein Problem ist, dann können Sie vielleicht auch verstehen, dass ich das hier schon gerne diskutieren möchte, ist dass ich zwei Ausschüsse habe, in denen der Senat sich unterschiedlich darstellt. Und Frau Kollegin Kitschun! Ich habe eine Kleine Anfrage zum Racial-Profilings eingebracht, in der der Innensenator Henkel in der Beantwortung den Eindruck erzeugt hat, dass er weder ein Bewusstsein für diese Problematik bei seiner Polizei hat noch irgendwie beabsichtigt, bei diesem Thema sich irgendwie im Sinne der Forderungen des NSU-Untersuchungsausschusses einzubringen.

Da werbe ich schon bei den Kolleginnen und Kollegen, dass wir das dann entweder in einer gemeinsamen Sitzung noch einmal vertiefen oder aber dass wir zumindest gemeinsam dann deutlich machen, was uns hier wichtig ist. Es bringt mir ja nichts, wenn ich hier höre, ja, ja, alles super, das machen wir. Und in dem Ausschuss, in dem ich auch bin, im Innenausschuss, sagt mir der CDU-geführte Innensenat, das Problem haben wir nicht, und für Probleme, die

wir nicht haben, brauchen wir auch keine Maßnahmen, um sie zu lösen. Also, vielleicht verstehen Sie meine Not, Herr Freiberg!

Deswegen immer noch die Frage, die ich nicht konkret beantwortet bekommen habe zu Racial-Profilung: Gibt es im Senat die Ansicht, dass es so etwas in Berlin geben kann bzw. gibt? Und welche Gegenmaßnahmen werden ergriffen?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank noch einmal für die Konkretisierung der Frage. Herr Freiberg hatte sich noch gemeldet. Wollen wir die Antworten abwarten, und sie nehmen das dann mit, oder wollen Sie gleich sprechen? – Bitte, dann sind Sie jetzt dran!

**Michael Freiberg (CDU):** Danke, Frau Vorsitzende! – Dann kürze ich das ab. Liebe Frau Bayram! Ich nehme Sie sehr ernst, weil ich auch das gesellschaftliche Engagement eines jeden für das Land Berlin und für das Gemeinwohl schätze. Ich muss nicht immer den Ansichten folgen, aber in der Sache: natürlich, gar keine Frage. Ich möchte nur an dieser Stelle sagen, und ich habe es in meinen Worten versucht, die vielleicht zu blumig oder nicht klar genug waren: Ich möchte nicht, dass der Ausschuss, unser Ausschuss hier diese Sache vertagt. Dem würde ich nicht folgen wollen. Das war genau das, wo ich Sorge hatte. Ich möchte ein klares Bekenntnis dieses Ausschusses, und zwar heute, haben. Wenn Sie einen Änderungsantrag oder einen Vertagungsantrag stellen würden, das ist Ihnen ja unbenommen, sage ich Ihnen jetzt schon mal zu, dass die CDU-Fraktion dem in keiner Weise folgen wird. Ich gucke rüber zur SPD-Fraktion: Die Koalition wird einem Vertagungsantrag nicht folgen. Nochmals: Ich glaube, dass hier ein klares Bekenntnis heute und jetzt zu treffen, entscheidend ist. Das ist eine klare Ansage, damit man das versteht.

Zu Ihren Sorgen im Innenausschuss: Ich höre da manchmal auch vieles über den Innenausschuss und gehe nie vertretend da hin, weil es anscheinend sehr spannend dort ist. Das möchte ich alles nicht. Das ist aber ein anderes Thema. Das können wir hier nicht noch summieren, weil wir hier eine klare Verantwortung haben, die – möchte ich – wir heute wahrnehmen sollen. Das möchte die Koalition, so habe ich das verstanden. Dann lassen Sie uns das bitte machen, bei allem Respekt und bei aller Berechtigung Ihrer Fragen!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Darf ich kurz aufklären? Ich habe ja, wie Sie sich vorstellen können, auch zugehört und folgte dieser wunderbaren Diskussion über einen Allparteienantrag. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen. Ich habe Frau Kollegin Bayram, die jetzt noch einmal – vielleicht sogar final – auf der Redeliste steht, nicht so verstanden, dass sie hier einen Antrag auf Vertagung stellen möchte. Ich habe immer nur Fragen an Herrn Tangenberg und an die Staatssekretärin Loth herausgehört. Das nur dazu. – Dann klären Sie auf, Frau Bayram, dann wissen wir wenigstens Bescheid!

**Canan Bayram (GRÜNE):** Also, der Vorschlag, den ich machen wollte, war tatsächlich, den Punkt heute nicht abschließend zu beraten und insoweit zu vertagen, dass bei der Behandlung im Innenausschuss der Integrationsausschuss dazugeladen wird. Das war der praktische Vorschlag, warum es für mich Sinn macht, die Dinge noch einmal zusammen zu diskutieren.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Richtig! Gut! Das heißt also, das war nicht klar. So hatte ich Sie auch nicht verstanden. Das heißt, Sie verzichten auch jetzt auf die Antwort auf Ihre Fra-

gen, oder sollen wir gleich über die Vertagung abstimmen? Die wird ja nicht angenommen, das wissen wir ja. Wollen Sie jetzt die Fragen noch beantwortet haben? – Frau Dr. Kitschun!

**Dr. Susanne Kitschun** (SPD): Vielleicht noch einmal kurz zum Verfahren. Wir hatten ja am Rande des letzten Plenums besprochen, dass dieser Antrag – das war ja auch ein Wunsch der Grünen – hier möglichst früh aufgerufen wird. Ich habe mich auch bemüht, dem zu entsprechen, dass wir durch die Diskussion hier keine Zeit verlieren. Ich finde, es ist jetzt etwas spät, es noch zusätzlich ein weiteres Mal mit dem Integrationsausschuss in dieser Phase zu diskutieren. Das hätte man halt im Vorfeld machen können, dann hätte heute die Besprechung hier nicht stattgefunden und stattdessen wären wir eingeladen worden. Jetzt doppelt finde ich an der Stelle nicht so sinnvoll, zumal sich der Stand ja nicht ändert. Ich hatte ja schon gesagt, dass wir uns durchaus vorstellen können, wenn der Antrag beschlossen ist, das Thema hier auch wieder aufzurufen. Vielleicht kann man das dann einmal gemeinsam tun. Aber heute bin ich definitiv auch gegen eine Vertagung. Wir sollten hier heute zu einer Beschlussfassung kommen. – Danke!

**Vorsitzende Anja Kofbinger**: Gut! Danke schön! – Das war sozusagen die Gegenrede zum Vertagungsantrag. Aber ich würde sagen, weil wir ja so eine Ahnung haben, wie es wohl ausgehen wird, werden die Fragen schon noch beantwortet. Das heißt, ich würde Herrn Tangenberg jetzt noch einmal bitten und noch einmal die Staatssekretärin Loth. – Herr Tangenberg, bitte!

**Jens Tangenberg** (Landeskriminalamt): Zur Zusammenarbeit von Arbeitsgruppen der Senatsverwaltungen für Inneres und Sport und Arbeit, Integration und Frauen kann ich nichts sagen. Das ist eine politische Ebene, wo ich gerne Frau Senatorin Kolat den Vorrang lassen möchte.

Insoweit noch kurz zum Beauftragten für interkulturelle Aufgaben: Das sind tatsächlich drei Mitarbeiter, die wir an dieser Stelle haben, die auch Ansprechpartner für die interkulturellen Angelegenheiten der Polizei Berlin sind. Sie stehen als Ansprechpartner den staatlichen, aber eben auch den nichtstaatlichen Organisationen sowie aber auch ganz konkret den Bürgerinnen und Bürgern mit deren Anliegen ganz direkt zur Verfügung und befassen sich dann mit allen polizeibezogenen Fragen und Themen, die interkulturelle Angelegenheiten betreffen, und leiten ggf. an den entsprechenden Ansprechpartner weiter. Insoweit gehe ich jetzt davon aus, dass der interkulturelle Ansprechpartner in die Umsetzung der Empfehlungen aus dem NSU-Ausschuss hier mit einbezogen ist, ohne Ihnen jetzt konkret die Aufgabenstellung des interkulturellen Ansprechpartners liefern zu können. Das müsste man gegebenenfalls noch einmal im Innenausschuss besprechen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger**: Vielen Dank, Herr Tangenberg! – Frau Staatssekretärin Loth, bitte!

**Staatssekretärin Barbara Loth** (SenArbIntFrau): Es gibt natürlich außerhalb der politischen Ebene auch eine gute Zusammenarbeit der Verwaltungen, insbesondere arbeitet die LADS eng mit dem Ansprechpartner für interkulturelle Angelegenheiten zusammen. Es gibt natürlich auch vielfältige Zusammenarbeit mit der Innenverwaltung. Insofern denke ich, beschränkt sich die Zusammenarbeit nicht nur auf politische Gespräche, sondern die Zusam-

menarbeit der Verwaltungen miteinander ist hier sehr gut. – Ansonsten würde ich gerne Herrn Korgel das Wort zur Beantwortung der anderen Fragen geben lassen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Herr Korgel, bitte!

**Lorenz Korgel (SenArbIntFrau):** Vielen Dank! – Sehr geehrte Damen und Herren! Ganz kurz nur. Es wurden noch Fragen zur strukturellen Dimension der Zusammenarbeit gestellt. Es wurde ja schon ausgeführt, dass es in der Ausbildung der Schülerinnen und Schüler an der Landespolizeischule ein Modul Menschenrechte gibt. Hier ist es in der Tat so, dass alle Schülerinnen und Schüler an der Landespolizeischule dieses Modul und hier noch einmal konkret als Bestandteil ein dreistündiges Untermodul, das sich mit dem Thema Antidiskriminierung und Umgang mit Vielfalt im Rahmen der Ausbildung beschäftigt, durchlaufen. Also alle Schülerinnen und Schüler durchlaufen das.

Die zweite Ebene ist die der Fortbildungen der Führungskräfte. Hier hat es zwei Seminare im letzten Herbst zum Thema Diversity für Führungskräfte gegeben. Im Moment wird überprüft, wie weit diese Fortbildung in die reguläre Fortbildung mit aufgenommen werden kann.

Und das Dritte ist, dass wir natürlich im Rahmen der LADS-Akademie ein regelmäßiges Fortbildungsangebot zum Thema ethnische Herkunft und Hautfarbe bzw. Diskriminierung aufgrund dieser Merkmale durchführen. Immer wieder melden sich Polizeikräfte zu diesen Fortbildungen an, in diesem Jahr bereits 16.

Das ist wiederum aber auch nur ein kleiner Bestandteil dessen, was im Rahmen von Aus- und Fortbildung in der Polizei geschieht. Da wäre es in der Tat an anderer Stelle günstig, sich noch einmal den gesamten Komplex darstellen zu lassen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Herr Korgel! – Dann haben wir jetzt noch einige Abstimmungen zu tätigen. Als erstes einmal, Frau Bayram möchte gerne, dass die Ausschussmitglieder – ich glaube auch nicht nur diejenigen, die sich als Sprecherin oder Sprecher mit Integration betätigen – zur entsprechenden Innenausschusssitzung eingeladen werden. Müssen wir darüber abstimmen, oder können wir das einfach so machen? Ob Sie dieser Einladung folgen oder nicht, bleibt Ihnen ja überlassen? – [Michael Freiberg (CDU): Sie hat etwas anderes beantragt!] – Sie hat zwei Anträge gestellt: einen Vertagungsantrag und die Bitte, dass die Mitglieder dieses Ausschusses zur entsprechenden Sitzung des Innenausschusses eingeladen werden, eine Zuladung, das ist etwas ganz Normales. Darüber können wir gerne abstimmen. Sollen wir darüber abstimmen, oder machen wir das einfach? – Dann bekommen Sie eine Einladung. Der müssen Sie nicht folgen. Dann machen wir das einfach so. Es geht nur darum, dass wir das hier aufschreiben und das an den Innenausschuss weitermelden, dass Sie uns zu dieser Sitzung einladen, wenn sie diesen Tagesordnungspunkt aufrufen.

Jetzt kommen wir zum Vertagungsantrag. – [Canan Bayram (GRÜNE): Darauf verzichte ich dann wegen der Miteinladung!] – Gut.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 17/1565. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben will, den oder die bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es jemand, der dagegen stimmt? – Nein. Der sich enthält? – Nein. Dann ist

das einstimmig angenommen. Diese Stellungnahme wird an den federführenden Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung weitergegeben.

Punkt 6 der Tagesordnung (alt 5)

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.

\* \* \* \* \*